OBER GRAFENdorf
MARKTGEMEINDE

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 19. Feb. 2018
Ltg.- 2141/E-1/61
S -Ausschuss

Amt der
NÖ Landesregierung
NÖ LANDTAG
Landhausplatz 1
3109 St. Pölten

Parteienverkehr
Montag bis Freitag 08.00 bis 12.00 Uhr
Montag bis Mittwoch 13.30 bis 15.30 Uhr
Donnerstag 13.30 bis 18.00 Uhr
Homepage: www.ober-grafendorf.at

OBER-GRAFENDORF, 15.02.2018
Zahl: OIGM/Be
u:\desktop\resolutionpflegepaketlandtag.docx
Auskünfte: Herr Berndl
Durchwahl: 213

Betreff: Resolution "Pflegepaket für Niederösterreich"

Sehr geehrte Damen und Herrn,
der Gemeinderat der Marktgemeinde Ober-Grafendorf hat in seiner Sitzung vom 31.01.2018 einstimmig die beiliegende Resolution beschlossen. Sie werden ersucht, unser Anliegen in den Gremien entsprechend zu unterstützen.

1 Beilage

Mit freundlichen Grüßen
Vizebürgermeisterin
Andrea Kotmiller

Andrea Kotmiller

OBER GRAFENdorf
MARKTGEMEINDE

Resolution: Pflegepaket für Niederösterreich

Die Bevölkerung Österreichs wird auch in Zukunft wachsen. Die Bevölkerungsstruktur verschiebt sich deutlich hin zu den älteren Menschen. Der stärkste Zuwachs wird langfristig bei der Zahl der Betagten und Hochbetagten (80 und mehr Jahre) zu verzeichnen sein.

Auf Grund dieser demographischen Entwicklung steigt naturgemäß auch die Anzahl der pflegebedürftigen Menschen in Nö. Dazu nehmen auf Grund der Abschaffung des Pflegeregresses mit 1. Jänner 2018 die Anfragen für Pflegeplätze schon jetzt massiv zu. Die derzeitige Situation führt dazu, dass für pflegebedürftige Menschen Wartezeiten bis zu 3 Jahren zur Erlangung eines Platzes in den NÖ Pflegeheimen entstehen können. Aus diesem Grund ist die sofortige Schaffung von genügend Pflegeplätzen durch Aus- bzw. Neubau von Nö Pflegeheimen umzusetzen, um den zu erwartenden Pflegenotstand hintanzuhalten. Dabei ist es besonders wichtig, auch im ländlichen Raum mehr Pflegeheime zu schaffen.

Der Bedarf an zusätzlichen Pflegeplätzen ist aber auch durch die Schaffung neuer Modelle im privaten Bereich sicherzustellen. Hierzu bedarf es attraktiver Bundes- und Landesförderungen als Anreiz für Betreiber von privaten Pflegeeinrichtungen.

Auch die 24 Stunden Betreuung daheim und die Hauskrankenpflege sollen durch mehr Förderung leistbarer gemacht werden, damit die alten Menschen in gewohnter Umgebung ihren Lebensabend verbringen können. Hier ist besonders auf gut ausgebildetes Personal zu achten.Auch eine Ausbildungsoffensive bei den Pflegeberufen ist unbedingt notwendig. Die Einführung des Lehrberufes Pflege in Österreich ist ein Gebot der Stunde. Um die Pflegebedingungen für das betreuende Personal und somit auch für die pflegebedürftigen Menschen, verbessern zu können, muss auch ausreichend Fachpersonal zur Verfügung stehen. Somit ist man auch dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit dienlich, da sich neue Arbeitschancen für Jugendliche und Wiedereinsteiger ergeben. Gerade für diese sensible Arbeit mit Menschen gibt es bis dato keine spezielle Ausbildung. Dieser neue Lehrberuf würde zusätzlich noch den Vorteil erbringen, dass durch entsprechende Ausbildungszeiten in der Praxis der akute Personalmangel im Pflegebereich sofort entsprechend Erleichterung erfahren würde.

Völlig offen sind viele weitere Detailfragen, die zu unmittelbaren Kostenfolgen für die Gemeinden führen. Das betrifft beispielsweise den Einnahmenentfall durch bisherige freiwillige Selbstzahler, die dem Regress entgehen wollen. Durch die Abschaffung des Regresses entstehen zwangsläufig Mehrkosten. Ebenso gibt es einen rechnerischen Zuwachs aus der 24-Stunden-Pflege. Die tatsächlich entstehenden Mehrkosten werden ein Vielfaches des vom Bundesgesetzgeber in § 330b ASVG angebotenen Kostenersatzes ausmachen.

Gemeindeamt
Hauptplatz 2
3200 Ober-Grafendorf

T: 02747 2313-0
gemeindeamt@ober-grafendorf.at
www.ober-grafendorf.at

PARTEIENVERKEHR
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr
Mo–Mi 13.30–15.30 Uhr
Do 13.30–18.00 Uhr

DVR 82007
UID-Nr: ATU 16220505

Anlässlich dieser nicht mit der Gemeindeebene abgestimmten Maßnahme, die ohne parlamentarisches Begutachtungsverfahren vom Bundesverfassungsgesetzgeber beschlossen wurde, zeigt sich, dass es gerade auch im Pflegebereich einer nachhaltigen, solidarischen Finanzierung bedarf. Wir verlangen daher die sofortige Aufnahme von Gesprächen mit den kommunalen Interessensvertretungen darüber, wie eine zukunftsfähige Finanzierung aussehen wird (Steuerfinanzierung, Beitragsfinanzierung, Versicherung etc.).

In Summe geht es daher um beträchtliche Mehrkosten in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro jährlich für die Gemeinden. Wir fordern daher vom Bund den vollständigen Kostenersatz für die durch die Abschaffung des Pflegeregresses den österreichischen Gemeinden entstehenden Mehrausgaben auf Basis einer vollständigen Erhebung der tatsächlichen und zu erwartenden Mehrkosten!

Der Gemeinderat möge beschließen:

1) Der Gemeinderat erwartet folgende Maßnahmen:
   a) Die schnellstmögliche Erweiterung des Pflegeangebotes in den Nö Landespflegeheimen sowie die Errichtung von Pflegeheimen im ländlichen Raum.
   b) Die Schaffung von attraktiven Bundes- und Landesförderungen für Betreiber von privaten Pflegeeinrichtungen.
   c) Eine Ausbildungsoffensive in Pflegeberufen - vor allem durch die Einführung des Lehrberufes Pflege.
   d) Die Verbesserung der Förderung für die 24 Stunden Betreuung daheim sowie der Hauskrankenpflege.
   e) Es wird die sofortige Aufnahme von Gesprächen mit den kommunalen Interessensvertretungen darüber verlangt, wie eine zukunftsfähige Finanzierung aussehen wird, um Mehrausgaben für die Gemeinden möglichst zu verhindern.

2) Der Nationalrat, die Bundesregierung, der NÖ Landtag und die NÖ Landesregierung werden im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, im eigenen Wirkungsbereich sicherzustellen, dass diese Maßnahmen zur Verhinderung eines bevorstehenden Pflegenotstandes schnellstmöglich umgesetzt werden.

Für den Gemeinderat
Bürgermeister

DI(FH) Rainer Handlfinger